

Einleitung

Auch diesmal zeigt der Infodienst Demografie wieder die Vielfalt des Themenfeldes. Unter anderem berichten wir über jugendliche Schulverweigerer, die Familienförderung durch das Elterngeld und den siebten Altenbericht der Bundesregierung zur Situation der Altenhilfe und Lebensbedingungen von SeniorInnen. Zudem wird das bislang wenig beleuchtete Thema „Engagementförderung Älterer in Einfamilienhausgebieten“ angesprochen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Redaktionsteam

Jugendwerkstatt „Kultur“

Arbeit mit Schulverweigerern auf kreativem Wege

In Rheda-Wiedenbrück werden Schulverweigerer mehr als nur begleitet und psychologisch betreut. Sie bekommen die Möglichkeit, kreativ zu arbeiten, sich auszuprobieren und erhalten zusätzlich die benötigte sozialpädagogische Betreuung. Im Rahmen der Jugendwerkstatt „Kultur“ erhalten Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren, deren Schullaufbahn durch Fehlzeiten und persönliche Krisen stark beeinträchtigt ist ein Jahr lang die Möglichkeit, sich künstlerisch auszudrücken, Stärken zu erkennen, sich in Ruhe wieder zu finden und durch Gespräche und Unterstützung anschließend wieder in die Schule eingegliedert werden zu können.

Ohne Druck und mit Hirn, Hand und Herz erleben je 16 Jugendliche hier seit 2014 für ein Jahr lang einen strukturierten Alltag, in dem Platz für sie als Person und ihre Probleme aber auch für Kreativität und Produktivität ist. Ein vielseitiges Programm bestehend aus Nähen, Malen/Zeichnen, Bildhauen, Musizieren, Sport und Medienarbeit ergänzt um Möglichkeiten zur Verbesserung der Sozialkompetenz, erwartet die Jugendlichen, die häufig aufgrund von Mobbing, familiärer Herausforderungen oder

Ibis Infodienst Demografie 01/17

- Jugendwerkstatt Kultur, S. 1
- Zehn Jahre Elterngeld, S. 1
- Steigende Herausforderungen durch den demographischen Wandel, S. 2
- Engagement im Einfamilienhausquartier, S. 3
- Ibis Rezension: Wegweiser durch den Fördertopf-Dschungel S. 4
- Ibis-Seminar: Zeit- und Selbstmanagement, S. 4

Krankheit zu Schulverweigerer wurden. Nach Antrag bei der Stadt werden die Jugendlichen aufgenommen und dann für ein Jahr lang an der Jugendwerkstatt in Trägerschaft der Fortbildungsakademie Reckenberg-Ems gGmbH teilnehmen. Auch die Eltern werden in die Arbeit an gewissen Stellen einbezogen. Die Finanzierung erfolgt mit Mitteln des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und Geldern der Kommune.

Zehn Jahre Elterngeld

Eine Bilanz

Nach vielen Debatten und Diskussionen wurde das Elterngeld am 01.01.2007 in Deutschland eingeführt. Ziel war es, eine Möglichkeit zu bieten, Kinder und Beruf zu kombinieren, weniger Verdienstausschlag nach der Geburt eines Kindes zu haben und sich die Kinderbetreuung zwischen beiden Elternteilen aufzuteilen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zieht nach zehn Jahren Bilanz.

Impressum:

Ibis Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare
Bismarckstraße 120
47057 Duisburg

Kontakt: info@ibis-institut.de

Redaktion:

Stephanie Schoenen, Nick Passau, Patricia Jessen, Frank Jessen (Leitung)

Zur **Abmeldung** des Ibis Infodienstes Demografie, klicken Sie bitte [hier...](#)

Positive Effekte des Elterngeldes seien vor allem der Anstieg der Väter, die Elternzeit nehmen (2007: unter 3% / 2017: 34%) sowie die hohe Zahl der Mütter, die zwei Jahre nach der Geburt wieder im Erwerbsleben sind.

Bei der finanziellen Sicherung gebe es sowohl einen positiven als auch einen negativen Trend zu verzeichnen. Für das erste Lebensjahr des Kindes sind die Einkommen der jungen Familien durch das Elterngeld abhängig vom vorherigen Gehalt der Mütter im Vergleich zum vorherigen Erziehungsgeld gestiegen. Im zweiten Jahr nach der Geburt sind bei einigen Familien jedoch Einbußen zu verzeichnen. Elternteile, die im zweiten Jahr nicht arbeiten gehen und Eltern im Transferleistungsbezug erhalten mit der Einführung des Elterngeldes weniger Geld. Das Elterngeld wirke sich demnach gerade für die Familien negativ aus, die ohnehin über ein geringes Haushaltsnettoeinkommen verfügen.

Interessant ist außerdem, dass sich die Aufteilung der Kinderbetreuung und Hausarbeitsarbeit langfristig nach Zahlen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) eher auf beide Eltern verteilt, wenn die Elternzeit der Partner getrennt voneinander genommen wird, der Vater also zum Beispiel zwei Monate oder länger allein in Elternzeit ist und nicht etwa gemeinsam mit der Mutter des Kindes. Die Gleichstellungsziele des Elterngeldes konnten also vor allem erreicht werden, wenn sich auch die Elternzeit schon aufgeteilt wurde.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Einfluss des Elterngeldes auf die kindliche Entwicklung. So ist zu beobachten, dass sich eine schnelle Rückkehr des betreuenden Elternteils in Vollzeit in das Erwerbsleben nachteilig auf die Entwicklung des Kindes auswirkt. Bei einer Teilzeitbeschäftigung sind diese Effekte geringer oder gar nicht zu beobachten (vgl. DIW Wochenbericht Nr. 26-2017)

Zur weiteren Verbesserung der Flexibilität ist am 01.07.2015 eine neue Form des Elterngeldes in Kraft getreten: das Eltern-

geldPlus. Nun geht es nicht mehr nur darum, ein volles Jahr ganz zu Hause zu bleiben und die Zeit dem Kind zu widmen, sondern in den ersten zwei Lebensjahren neben dem Kind verschiedene Formen der Teilzeitbeschäftigung wahrnehmen zu können. Auch die Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen beiden Elternteilen ist flexibler geworden: Eltern können sich die gesamte erste Zeit mit Kind untereinander aufteilen und beide dennoch zu einem gewissen Teil arbeiten gehen. Die ersten Jahre des Elterngeldes haben demnach auch zu einem Lerneffekt geführt: Das wichtigste für junge Familien ist Flexibilität. Starre Formen, in der etwa die Mutter ein Jahr komplett zu Hause bleiben soll, sind nicht erwünscht. Es geht vielmehr darum, durch finanzielle Sicherheiten zu gewährleisten, dass beide Elternteile die Kombination von Arbeit und Familie genauso gestalten können, wie sie mögen. Dies scheint erst das ElterngeldPlus tatsächlich zu fördern.

Steigende Herausforderungen durch den demographischen Wandel

Zusammenfassung des 7. Altenberichts

Der Siebte Altenbericht konstatiert die unterschiedlichen Lebensbedingungen, unter denen ältere und hochbetagte Menschen in Deutschland leben und akzentuiert, dass gerade Ältere, die in sozioökonomisch benachteiligten Regionen leben, weitaus stärker belastet werden. Erstens, weil sie überdurchschnittlich stark auf die Versorgungsqualität der öffentlichen Infrastrukturangebote angewiesen sind und zweitens, da sie in diesen Regionen statistisch mit größeren Gesundheitsproblemen konfrontiert werden.

Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist eine vertiefte Zusammenarbeit der verschiedenen Wohlfahrtsverbände notwendig und gleichzeitig wird die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements weiter zunehmen.

Im Bereich der Wohnungspolitik in ländlichen Räumen wird vor allem die Frage entscheidend sein, wie die älteren Menschen die weiter entfernten Dienstlei-

stungsangebote erreichen sollen. Gerade die finanziell unterversorgten Kommunen werden ohne Landes- und Bundesförderprogramme nicht in der Lage sein, diese gewachsene Angebotsstruktur für ältere Bürgerinnen und Bürger längerfristig aufrechterhalten zu können. Der Bund hat in den letzten Jahren verschiedene Modellprogramme (z.B. „Aktiv im Alter“) in der Altenpolitik auf den Weg gebracht, wobei auch die Länder (z.B. das ZWAR-Netzwerk in NRW) und viele Stiftungen im Anschluss eigene Projekte ins Leben gerufen haben. Allerdings ist es aufgrund des Modellcharakters vieler Programme und der zeitlichen begrenzten Förderungsdauer umso wichtiger, die Erfahrungen, die dabei gewonnen werden konnte, in verstetigte, dauerhafte Konzepte der kommunalen Seniorenpolitik zu überführen.

Trotz dieser großen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und der Tatsache, dass allerorten über den demografischen Wandel berichtet wird, fristet die sozialpolitische Altenhilfe, die im § 71 SGB XII verankert ist, immer noch ein Schatten-dasein.

Um sicherzustellen, dass gleichwertige Lebensbedingungen für ältere und hochbetagte auch in der Zukunft gegeben sind, sind bundespolitischen Maßnahmen erforderlich, um die Herausforderungen des demografischen Wandels in der Zukunft gestalten zu können.

Engagement im Einfamilienhausquartier

Ein Widerspruch?

Das Eigenheim ist seit den siebziger Jahren in Deutschland der Traum vieler Familien. Insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren sind deshalb sehr viele Wohngebiete mit Einfamilienhausbebauung entstanden. Diese sind gekennzeichnet durch manchmal lange Wege zur Innenstadt (vgl. Gartenstadtkonzepte) und eine Vielzahl an Eigentümern, die an einen Tisch gebracht werden müssten. Weiter sind gerade die in

den siebziger Jahren entstandenen Wohngebiete von einer Unterbelegung und Überalterung betroffen.

Das sind schwierige Voraussetzungen für die Organisation von Engagement und gerade hier ist es besonders nötig, um der Verein-samung der BewohnerInnen vorzubeugen und gemeinsame - auch bauliche - Aktionen voranzubringen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, bieten sich in den alternden Einfamilienhausgebieten die zunehmende Verbreitung von Nachbarschaftsnetzwerken und die Entwicklung realer Begegnungsräume an. Diese Begegnungsräume können dann zum Beispiel einen gemeinsam betriebenen Dorfladen oder ein Begegnungscafé umfassen. Hier gibt es eine Reihe guter Konzepte, die derzeit erprobt werden (vgl. Dorfladenhandbuch). Ein anderes, spannendes Konzept sind multiple Häuser, in denen die Räume für täglich wechselnde Dienstleistungs- und Versorgungsangebote bereitgestellt werden, die auf die jeweilige Bedarfslage der BewohnerInnen angepasst werden können (vgl. z.B. Freiraumfibel oder www.neue-nachbarschaft.de)

Mit diesen Konzepten können gleichzeitig das Bedürfnis nach Begegnung und Nahversorgung gedeckt werden. Beides ist gerade in den alternden Einfamilienhaussiedlungen oftmals im Rückgang begriffen.

Zunächst gilt es, wie bei allen Engagementprozessen, dass sich eine kleine Kerngruppe finden muss, die ein gemeinsames Anliegen hat (z.B. Gründung eine Stadtteilwohnzimmers). Dann muss die Idee konkretisiert (was - wo - wie) und mit den Bedarfen im Gebiet abgestimmt werden. Ein weiteres Ziel z.B. von Befragungen oder Veranstaltungen sollte es sein, weitere Verbündete für das Vorhaben zu gewinnen. Die weitere Entwicklung sollte in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung erfolgen und ggf. weiteres externes Know-how hinzuziehen.

Weiterführend ist hier die Publikation „Hausaufgaben - bürgerschaftliches Engagement in Einfamilienhausgebieten“ spannend.

Ibis Rezension

Wegweiser durch den Fördertopf-Dschungel für kleinere Vereine

Das Netzwerk Selbsthilfe e.V. stellt in seiner neu aufgelegten Broschüre zahlreiche Fördertöpfe verschiedenster Art übersichtlich zusammen.

Eine Arbeitsanleitung zu Beginn schafft eine schnelle Suche geeigneter Fördergelder für das eigene Anliegen. Ob über inhaltliche Schlagwörter zum Projekt oder Handlungsfeld, in dem das Projekt angesiedelt ist, kann man leicht zu geeigneten Fördermittelquellen gelangen.

Besonders schön ist, dass zu jedem Fördertopf sowohl die Kontaktdaten des Anbieters stehen, als auch bereits die wichtigsten Bedingungen rund um die Förderung: finanzieller Rahmen, Förderrichtlinien, mögliche Antragsteller, und die Form des Antrags ggf. inklusive Fristen für die Antragstellung.

Eine Vollständigkeit der Fördertöpfe kann bei der Menge an Anbietern nicht geprüft werden. Die Herausgeber reflektieren dies jedoch auch, was man nachvollziehen kann, da die Anzahl der Stiftungen und Anbieter doch stetig steigt und sich verändert.

Wichtig ist, zu beachten, dass die hier vorgestellten Fördertöpfe sich an Vereine und kleinere Initiativen richten und es somit auch vor allem um Gelder für Projekte mit geringerem Finanzvolumen handelt. Fördergelder des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beispielsweise, die auf drei Jahre ausgerichtet sind und ein höheres Gesamtvolumen haben, sind bspw. nicht aufgeführt. Und auch Fördertöpfe, die gezielt für Kommunen und Städte sind, werden hier nicht berücksichtigt.

Dennoch kann diese Übersicht für Vereine und Initiativen absolut empfohlen werden, da sie es ermöglicht, Ordnung in die große Anzahl an möglichen Fördermitteln zu bringen.

*Netzwerk Selbsthilfe e.V. (2017):
Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte
Projekte und politische Initiativen.. Berlin:
Hinkelstein Druck, 13. Aufl.; 247 Seiten*

Ibis Seminar

Zeit- und Selbstmanagement

Seminarziel

Eine Einführung in die Möglichkeiten aktiven Stressmanagements und Selbstmanagements sowohl für hauptamtlich Beschäftigte als auch für EhrenamtlerInnen.

Seminarinhalte

- Mentales Selbstmanagement
- Umgang mit stressigen Situationen
- Zeitmanagementtools

Hintergrund

Die Komplexität der Herausforderungen, die Geschwindigkeit von Veränderungsprozessen und Reize, auf die man reagieren muss, nehmen im beruflichen und privaten Alltag zu. Sie machen es notwendig, innere Klarheit und Präsenz zu entwickeln. Dieses Seminar lädt dazu ein, den Anforderungen des privaten und beruflichen Alltags auf eine authentische, klare und präzise Art zu begegnen. Die Themen Selbst- und Zeitmanagement, Anregungen zur Achtsamkeit sowie Präsenz werden interaktiv behandelt und geben Impulse, an sich selbst zu arbeiten. Der Referent Markus Offermann ist Persönlichkeitscoach, Supervisor und NLP-Trainer.

Weitere Informationen zu unseren Seminaren und Vorträgen erhalten Sie [hier...](#)